



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: II 5-21v03-16-23/001

An die Regierungspräsidien Darmstadt,
Gießen und Kassel

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Frau Schmuck
Durchwahl (06 11) 353 1315
Telefax: (06 11) 353 1343
Email: Dodo.Schmuck@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 26. September 2023

Per Email

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit Inkrafttreten des § 13 Abs. 1, 2 HSpielhG am 30. November 2022 gelten für Betreiberinnen und Betreiber von Verbundspielhallen strengere Regelungen. Sie können bis zum 31. Dezember 2023 neue Erlaubnisse bis längstens 30. Juni 2032 für höchstens drei Spielhallen nur erhalten, wenn sie bis zum 31. Dezember 2023 entsprechende neue Anträge stellen.

Mit der Bearbeitung dieser Anträge müssen die Behörden auch über das Schicksal der Alterlaubnisse entscheiden, weil diese zwar nicht mehr gesetzeskonform, aber weiterhin wirksam bleiben (vgl. § 43 Abs. 2 HVwVfG). Eine (u.U. nur teilweise) Neuerteilung der Erlaubnisse kann daher nur erfolgen, wenn die Alterlaubnisse zugleich widerrufen werden. Als Grund steht den Behörden gem. § 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 HVwVfG der Widerrufsvorbehalt zur Verfügung, der in allen Erlaubnissen standardmäßig enthalten ist, vgl. gem. § 9 Abs. 3 HSpielhG a.F. (jetzt §§ 2 Abs. 3 Satz 1, 13 Abs. 2 Satz 1 HSpielhG).

Daraus folgt für die unterschiedlichen Fallkonstellationen in der Praxis: Bei rechtzeitiger Antragstellung erfolgt ein Widerruf aller Alterlaubnisse, verbunden mit einer – je nach Anzahl der Spielhallen – eingeschränkten Neuerteilung von höchstens drei Erlaubnissen unter den neuen Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 HSpielhG bis längstens 30. Juni 2032 – u.U. mit einer letzten Abwicklungsfrist. Bei fehlender Antragstellung bis 31. Dezember 2023 müssen die Alterlaubnisse widerrufen werden – ggf. ebenfalls mit einer letzten

Abwicklungsfrist. Die auch nur teilweise Neuerteilung kommt dann nicht mehr in Betracht. Eine neue Genehmigung kann hier allenfalls für eine der Spielhallen als Einzelspielhalle erteilt werden.

Entschädigungsansprüche sind beim Widerruf gem. § 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 HVwVfG ausdrücklich ausgeschlossen, vgl. § 49 Abs. 6 Satz 1 HVwVfG.

Der Widerruf steht allerdings gem. § 49 Abs. 2 HVwVfG grundsätzlich im Ermessen der Behörde. Dies erfordert eine Abwägung der Interessen im Einzelfall. Dabei ist allerdings Vertrauensschutz mindernd zu berücksichtigen, dass den Betreiberinnen und Betreibern von Verbundspielhallen bereits mit Inkrafttreten des § 15 Abs. 1 HSpielhG a.F. am 30. Juni 2012 ein langer Zeitraum zur Umstrukturierung unter Anpassung ihrer Investitionsplanung gewährt wurde. Angesichts des schon gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 HSpielhG a.F. (jetzt § 3 Abs. 1 HSpielhG) geltenden grundsätzlichen Verbots von Verbundspielhallen konnten sie nicht mit einer unbegrenzten Fortsetzung ihres Betriebs rechnen. Hinzu kommt, dass gem. § 9 Abs. 3 Satz 1 HSpielhG a.F. (nun §§ 2 Abs. 3 Satz 1, 13 Abs. 2 Satz 1 HSpielhG) jede Erlaubnis standardmäßig mit einem Widerrufsvorbehalt versehen ist. Das fehlende schutzwürdige Vertrauen ist somit bereits in den Alterlaubnissen selbst angelegt.

Der Entscheidungsspielraum der Behörden ist deshalb begrenzt. Sie müssen den Widerruf zudem innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Kenntnisnahme von diesem Erlass aussprechen, vgl. § 49 Abs. 2 Satz 2 HSpielhG. Dabei ist dieser Erlass als grobe Richtschnur zu verstehen.

Wir bitten Sie, die zuständigen Behörden Ihres Regierungsbezirks entsprechend zu informieren und angesichts der z.T. knappen Fristen (s.o.) um zügige Umsetzung zu bitten.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

(Welp)

